

Name:
Adresse:

Datum:

Diana Salazar Méndez
Fiscal de Estado
Fiscalía General de Estado
Juan León Mera N19-36 and Av. Patria
Quito
ECUADOR

Sehr geehrte Frau Generalstaatsanwältin,

mit großer Sorge vernehme ich Berichte, dass der Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger Herr **Néstor Caicedo** am 15. Januar 2025 Drohnachrichten von unbekanntem Absendern erhalten hat. Diese stehen im Zusammenhang mit seinem friedlichen Einsatz gegen die Beschlagnahme und Ausbeutung des von seiner ethnischen Gemeinschaft bewohnten Landes in der Provinz Esmeraldas. Anders als in der Vergangenheit hat Néstor Caicedo trotz akuter Gefahr keinen staatlichen Schutz erhalten. Daher bitte ich Sie, entsprechende Schutzmaßnahmen in Abstimmung mit dem Betroffenen zu veranlassen und die Drohungen einer unabhängigen Untersuchung zu unterziehen.

Auch das Verschwindenlassen von 23 Männern in den Provinzen Los Rios, Guayas und Esmeraldas erfüllt mich mit großer Beunruhigung. Es handelt sich bei den Betroffenen um **Bruno Rodríguez, Fardi Muñoz, Cirilo Minota, Oswaldo Morales, Nevi Quiñonez, Ariel Cheme, Jordy Morales, Dave Robin Loor Roca, Juan Santillan, Jairo Tapia, Dalton Ruiz, Cristian Sandoya, Oscar Adrihan, Jonathan Adrihan, Jeampier Castañeda, Justin Valverde, Justin Alvarez, Fabricio Alvarado, Jason Franco, Miguel Morán, Kleiner Pisco, Carlos Pisco** und **Jonathan Villon Velazco**.

Verwandte und Zeugen haben Angehörige der Armee als mutmaßliche Täter angezeigt.

Die Staatsanwaltschaft hat Berichten zufolge die Vorwürfe des Verschwindenlassens nicht geprüft, obwohl die ecuadorianischen Behörden nach dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen dazu verpflichtet sind.

Ich appelliere an Sie, den Verbleib der Vermissten aufzuklären zu lassen. Auch bitte ich Sie, umfassende sowie unabhängige Ermittlungen zum mutmaßlichen Verschwindenlassen nach Paragraph 84 des ecuadorianischen Strafgesetzbuchs und gemäß dem Völkerrecht und internationalen Standards durchzuführen und die für Entführungen Verantwortlichen in einem fairen Prozess vor Gericht zu stellen.

In der Hoffnung auf Ihre Unterstützung verbleibe ich
mit hochachtungsvollem Gruß

Kopie zur Kenntnis an:

S.E. Herrn Diego Fernando Morejon Pazmiño
Botschaft der Republik Ecuador
Joachimstaler Straße 12
10719 Berlin

Name:
Adresse:

Datum:

S.E. Herrn Diego Fernando Morejon Pazmiño
Botschaft der Republik Ecuador
Joachimstaler Straße 12
10719 Berlin

Exzellenz,
mit unten stehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie übersende, möchte ich die Generalstaatsanwältin der Republik Ecuador auf bedrohte Menschen hinweisen und darum bitten, sich ihres Schicksals anzunehmen.
Hochachtungsvoll

Diana Salazar Méndez, Fiscal de Estado, Fiscalía General de Estado
Juan León Mera N19-36 and Av. Patria, Quito – ECUADOR

Sehr geehrte Frau Generalstaatsanwältin,

mit großer Sorge vernehme ich Berichte, dass der Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger Herr **Néstor Caicedo** am 15. Januar 2025 Drohnachrichten von unbekanntem Absendern erhalten hat. Diese stehen im Zusammenhang mit seinem friedlichen Einsatz gegen die Beschlagnahme und Ausbeutung des von seiner ethnischen Gemeinschaft bewohnten Landes in der Provinz Esmeraldas. Anders als in der Vergangenheit hat Néstor Caicedo trotz akuter Gefahr keinen staatlichen Schutz erhalten. Daher bitte ich Sie, entsprechende Schutzmaßnahmen in Abstimmung mit dem Betroffenen zu veranlassen und die Drohungen einer unabhängigen Untersuchung zu unterziehen.

Auch das Verschwindenlassen von 23 Männern in den Provinzen Los Rios, Guayas und Esmeraldas erfüllt mich mit großer Beunruhigung. Es handelt sich bei den Betroffenen um **Bruno Rodríguez, Fardi Muñoz, Cirilo Minota, Oswaldo Morales, Nevi Quiñonez, Ariel Cheme, Jordy Morales, Dave Robin Loo Roca, Juan Santillan, Jairo Tapia, Dalton Ruiz, Cristian Sandoya, Oscar Adrihan, Jonathan Adrihan, Jeampier Castañeda, Justin Valverde, Justin Alvarez, Fabricio Alvarado, Jason Franco, Miguel Morán, Kleiner Pisco, Carlos Pisco und Jonathan Villon Velazco.**

Verwandte und Zeugen haben Angehörige der Armee als mutmaßliche Täter angezeigt.

Die Staatsanwaltschaft hat Berichten zufolge die Vorwürfe des Verschwindenlassens nicht geprüft, obwohl die ecuadorianischen Behörden nach dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen dazu verpflichtet sind.

Ich appelliere an Sie, den Verbleib der Vermissten aufzuklären zu lassen. Auch bitte ich Sie, umfassende sowie unabhängige Ermittlungen zum mutmaßlichen Verschwindenlassen nach Paragraph 84 des ecuadorianischen Strafgesetzbuchs und gemäß dem Völkerrecht und internationalen Standards durchzuführen und die für Entführungen Verantwortlichen in einem fairen Prozess vor Gericht zu stellen.

In der Hoffnung auf Ihre Unterstützung verbleibe ich
mit hochachtungsvollem Gruß

Name:
Adresse:

Datum:

Mr. Viktor Orbán
Prime Minister of Hungary
1357 Budapest, Pf. 6.
HUNGARY

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

für die schriftliche Reaktion Ihrer Botschaft auf den Appell zur Unterstützung des in Russland gefangenen minderjährigen **Arsenij Turbin** danke ich Ihnen. Dem Brief ist zu entnehmen, dass Ihre Regierung bedauerlicherweise nicht beabsichtigt, in Moskau diplomatisch zu Gunsten von Arsenij Turbin zu intervenieren.

Ich bin sehr überrascht, dass Ungarn als Mitgliedsstaat der EU sich auf das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten in den internationalen Beziehungen beruft.

Jeder EU-Mitgliedsstaat erkennt ausdrücklich an, dass das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten (Art. 2.7 der UN-Charta) nicht für Menschenrechtsangelegenheiten gilt, da einer der Zwecke der UN die „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder Religion“ (Art. 1.3; auch Art. 55c der UN-Charta) ist.

Der Internationale Gerichtshof hat erstmals 1970 anerkannt, dass die Achtung der Menschenrechte eine Verpflichtung für jeden Staat gegenüber der internationalen Gemeinschaft als Ganzes ist (die so genannte „erga omnes“ Verpflichtung).

Menschenrechte sind daher ein integraler Bestandteil der internationalen Beziehungen, sei es auf bilateraler Ebene (von Staat zu Staat) oder auf multilateraler Ebene (UN-Menschenrechtsrat und UN-Generalversammlung – Drittes Komitee, Europarat, OSZE – „human dimension“, etc.).

Die Absicht, sich gegenüber Russland nicht für Arsenij Turbin einzusetzen, stünde nicht im Einklang mit dem gemeinsamen rechtspolitischen Standpunkt aller anderen EU-Mitgliedsstaaten, aber auch der Mitgliedsstaaten der UN insgesamt.

Zugleich möchte ich auf das Schicksal des durch russisches Militär in der Ukraine inhaftierten Spaniers **Mariano García Calatayud** hinweisen. Der humanitäre Helfer fiel am 19. März 2022 in Cherson dem Verschwindenlassen durch russische Truppen zum Opfer. Zuvor hatte er an einem friedlichen Protest gegen die Besatzung teilgenommen. In der Haft hat er Folter erlitten.

Ich bitte Sie höflichst um Mitteilung, ob Ungarn bereit wäre, an der Freilassung von Mariano García Calatayud mitzuwirken, zumal dieser ein EU-Bürger ist und es keine innere Angelegenheit Russlands darstellt. Ihr Einsatz für den inhaftierten 76-Jährigen wäre ein wichtiges Signal für ernsthafte Bemühungen um Frieden in der Ukraine.

Mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:
S.E. Herrn Péter Imre Györkös
Botschaft von Ungarn
Unter den Linden 76
10117 Berlin

Name:
Adresse:

Datum:

S.E. Herr Péter Imre Györkös
Botschaft von Ungarn
Unter den Linden 76
10117 Berlin

Exzellenz,

ich danke Ihnen für das Schreiben Ihrer Botschaft im Falle des in Russland inhaftierten Minderjährigen Arsenij Turbin. Gestatten Sie mir, dem Ministerpräsidenten Ungarns und Ihnen meine Einschätzung dazu mitzuteilen und Ungarn um Einsatz für einen inhaftierten Spanier in der Ukraine zu bitten. Für eine Antwort auch zu diesem Anliegen wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Hochachtungsvoll

Mr. Viktor Orbán, Prime Minister of Hungary, 1357 Budapest, Pf. 6. – HUNGARY

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

für die schriftliche Reaktion Ihrer Botschaft auf den Appell zur Unterstützung des in Russland gefangenen minderjährigen **Arsenij Turbin** danke ich Ihnen. Dem Brief ist zu entnehmen, dass Ihre Regierung bedauerlicherweise nicht beabsichtigt, in Moskau diplomatisch zu Gunsten von Arsenij Turbin zu intervenieren.

Ich bin sehr überrascht, dass Ungarn als Mitgliedsstaat der EU sich auf das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten in den internationalen Beziehungen beruft.

Jeder EU-Mitgliedsstaat erkennt ausdrücklich an, dass das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten (Art. 2.7 der UN-Charta) nicht für Menschenrechtsangelegenheiten gilt, da einer der Zwecke der UN die „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder Religion“ (Art. 1.3; auch Art. 55c der UN-Charta) ist.

Der Internationale Gerichtshof hat erstmals 1970 anerkannt, dass die Achtung der Menschenrechte eine Verpflichtung für jeden Staat gegenüber der internationalen Gemeinschaft als Ganzes ist (die so genannte „erga omnes“ Verpflichtung).

Menschenrechte sind daher ein integraler Bestandteil der internationalen Beziehungen, sei es auf bilateraler Ebene (von Staat zu Staat) oder auf multilateraler Ebene (UN-Menschenrechtsrat und UN-Generalversammlung – Drittes Komitee, Europarat, OSZE – „human dimension“, etc.).

Die Absicht, sich gegenüber Russland nicht für Arsenij Turbin einzusetzen, stünde nicht im Einklang mit dem gemeinsamen rechtspolitischen Standpunkt aller anderen EU-Mitgliedsstaaten, aber auch der Mitgliedsstaaten der UN insgesamt.

Zugleich möchte ich auf das Schicksal des durch russisches Militär in der Ukraine inhaftierten Spaniers **Mariano García Calatayud** hinweisen. Der humanitäre Helfer fiel am 19. März 2022 in Cherson dem Verschwindenlassen durch russische Truppen zum Opfer. Zuvor hatte er an einem friedlichen Protest gegen die Besetzung teilgenommen. In der Haft hat er Folter erlitten.

Ich bitte Sie höflichst um Mitteilung, ob Ungarn bereit wäre, an der Freilassung von Mariano García Calatayud mitzuwirken, zumal dieser ein EU-Bürger ist und es keine innere Angelegenheit Russlands darstellt. Ihr Einsatz für den inhaftierten 76-Jährigen wäre ein wichtiges Signal für ernsthafte Bemühungen um Frieden in der Ukraine.

Mit hochachtungsvollem Gruß